Protokoll über die Sitzung Nr. 1/2018 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 12. Februar 2018 um 14:00 Uhr im Ratssaal

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Beigeordneter Jörg Münkenwarf
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion:

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert

Mitglied AfW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moriße

als Gast:

Ratsmitglied Helga Weinstock

Dezernenten:

Stadtbaurat Oliver Leinert
Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung:

Marion Winkel-Fiedelak – Leitung Referat 2 –Referat für Kultur und Leitung Referat 5 - Referat für Bürgerangelegenheiten und Recht
Jens Müll - Leitung Referat 4 - Referat für Personal und Organisation
Carsten Feist - Leitung Referat 6 - Referat für Jugend, Familie, Sport und Bildung
Julia Muth - Pressesprecherin , Fachbereich Kommunikation & Koordination (13)
Jan Bönisch – Fachbereich Kommunikation & Koordination (13)
Jörg Walkenhorst - Fachbereich Rechnungsprüfungsamt (14)
Jörg Valnion - Fachbereichsleitung Finanzen (20)
Torben Müller - Fachbereich 20

Sonstige:

Michael Diers - Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH
Reinhold Keil - Geschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven

Protokollführerin:

Jessica Zahn - Fachbereich Finanzen (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.12.2017	
4	Vorlagen an den Rat:	
4.1	Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft	**25/2018**
4.2	Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven	**18/2018**
4.3	Gründung einer Außenstelle für die Oberschule Stadtmitte	**29/2018**
4.4	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat	**24/2018**
5	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:	
5.1	Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG	**7/2018**
6	Mitteilungen und Anfragen:	
6.1	Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr von den Berg stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 4.1 Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft (Beschlussvorlage 25/2018) von der Tagesordnung zu nehmen und erneut in den Fachausschüssen zu beraten, da bei dieser Vorlage noch Beratungsbedarf herrsche.

Herr Dr. von Teichman, Herr Jacques und **Herr Stoffers** sprachen sich für eine Beratung des Tagesordnungspunktes aus.

Der Antrag wurde mit 3 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
Die Tagesordnung wurde daraufhin unverändert festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 18.12.2017

Herr Dr. von Teichman bat um Änderung des Protokolls vom 18.12.2017. Die Änderung betrifft einen Absatz zum Tagesordnungspunkt 4.5 Konsolidierter Gesamtabschluss einschl. Konsolidierungsbericht 2013 der Stadt Wilhelmshaven.
Dort heißt es:
„ Herr Dr. von Teichman berichtete, dass im Rechnungsprüfungsausschuss der konsolidierte Gesamtabschluss 2013 besprochen wurde und sich der Anwesende Wirtschaftsprüfer sehr zufrieden mit dem Konzernabschluss zeigte“

Herr Dr. von Teichman bemängelte, dass sich der Wirtschaftsprüfer bezüglich der Tätigkeit von Herrn Engesser zufrieden zeigte und nicht wie genannt mit dem Konzernabschluss. Außerdem habe er in der Sitzung von der Kritik des Wirtschaftsprüfers bezüglich des Ausweises des Beteiligungsbuchwertes der RNK gGmbH gesprochen. Der Ansatz des Geschäftswertes sei nach Auffassung des Wirtschaftsprüfers nicht werthaltig.

Herr Stoffers bestätigte die Aussagen von Herrn Dr. von Teichman.

Das Protokoll wurde anschließend inklusive der beantragten Änderungen genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Neuordnung der Kultur-/ Museumslandschaft **25/2018**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr Hellwig stellte einen Änderungsantrag für die Gruppe CDU/WBV. Mit dem Inhalt, dass die Kulturstiftung in Abstimmung mit der Leitung des Küstenmuseums und der Leitung der Kunsthalle zu modifizieren sei. Außerdem beinhaltete der Antrag die Streichung der zeitlichen Frist für die Standortentscheidung.

Anschließend stellte **Herr Dr. von Teichman** einen Antrag für die FDP-Fraktion. Außerdem erklärte er, dass eine Stiftung mit lediglich zwei Institutionen nicht zielführend sei. Punkt zwei seines Änderungsantrages begründete **Herr Dr. von Teichman** damit, dass die finanziellen Mittel für einen Neubau nicht vorhanden seien und ein Neubau nicht notwendig sei. Man sollte sich lieber auf das aktuelle Gebäude der Kunsthalle und eventuelle Modifikationen konzentrieren. **Herr Dr. von Teichman** kritisierte außerdem, dass in den letzten eineinhalb Jahren kein Fortschritt bezüglich der Kulturstiftung erreicht worden sei.

Es folgte ein Austausch zwischen **Herrn Oberbürgermeister Wagner, Herrn Stoffers, Herrn Hellwig, Herrn Jacques, Frau Glaser** und **Frau Winkel-Fiedelak** über die Formulierungen und Konkretisierungen des Änderungsantrages der Gruppe CDU/WBV. Am Ende der Diskussion wurde die Formulierung des Änderungsantrages angepasst.

Herr Oberbürgermeister Wagner betonte bezüglich des Änderungsantrags der FDP-Fraktion, dass bisher keine Planung für einen Neubau der Kunsthalle bestehe und daher auch keine Mittel eingeplant seien.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass im Antrag der FDP-Fraktion von einem eventuellen Neubau die Rede sei.

Herr Tönjes gab bekannt, dass er in der heutigen Sitzung diesbezüglich keinem Antrag folgen wird, da das Thema in der Gruppe GrünUnabhängigSozial noch besprochen werde.

Herr Walpurgis berichtete, dass schon im Kulturausschuss ausführlich über diese Beschlussvorlage diskutiert wurde und erklärte, dass so schnell wie möglich eine Zusammenkunft der Beteiligten an der Kulturstiftung erfolgen sollte.

Herr Oberbürgermeister Wagner wies daraufhin, dass zumindest ein Enddatum für die Entscheidung festgelegt werden sollte.

Herr Leinert betonte, dass mit dieser Beschlussvorlage die klare Linie von 2016 weitergeführt würde.

Die **Herren Hellwig, Becker** und **Reese** sprachen sich dafür aus endlich eine Entscheidung zu treffen. **Herr Hellwig** betonte, dass der Antrag von der FDP-Fraktion einen Rückschritt bedeuten würde und man bezüglich eines Neubaus der Kunsthalle alle Möglichkeiten prüfen sollte.

Frau Bakir wies darauf hin, dass schon in der letzten Legislaturperiode die Entscheidung für eine Kulturstiftung getroffen wurde und durch den Wegfall des Wattenmeerhauses als Stiftungspartner eine Verzögerung entstanden sei. Sie gab außerdem bekannt, dass sie den Antrag der Gruppe CDU/WBV unterstützt.

Herr Heinemann stellte eine Frage zum Thema Tourismuskonzept. **Frau Breuer** erklärte, dass dieses Thema nicht zu dem aktuellen Tagesordnungspunkt gehöre und die Frage an anderer Stelle gestellt werden müsse.

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion wurde mit einer Ja-Stimme, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.
Dem Änderungsantrag der Gruppe CDU/WBV wurde mit 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss: -geänderter Beschlussvorschlag-
-mehrheitlich angenommen-

1.) Die mit Datum vom 22.06.2016 beschlossene Kulturstiftung Wilhelmshaven wird lediglich das Küstenmuseum und die Kunsthalle beinhalten und ist im Benehmen mit der WTF (unter Beteiligung der Leitungen der Kunsthalle/ des Küstenmuseums) zu modifizieren. Der diesbezügliche Beschluss vom 22.06.2016 (s. Vorlagen-Nr. 183/2016) wird entsprechend abgeändert.

2.) Die noch offenen Punkte b) Planung eines Museumsstandortes Weserstraße/ Bontekai und f) Standortentscheidung Kunsthalle gemäß Beschlussvorlagen-Nr. 186/2016 werden entgegen Punkt c) nicht durch die Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH (WTF), sondern durch die Stadt (federführend Kulturbüro mit GGS -Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven -) in Zusammenarbeit mit den Leitern der Museen und dem Ausschuss für Kultur erarbeitet. Ziel ist eine Standortentscheidung ~~bis Ende 2018~~ nach abgestimmter Planung.

4.2 Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst und die Entgeltordnung für den Rettungsdienstbereich Wilhelmshaven **18/2018**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

a) Der Rat stimmt der Vereinbarung der Stadt Wilhelmshaven mit den gesetzlichen Krankenkassen und der gesetzlichen Unfallversicherung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst gemäß §15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes (NRettDG) ab dem 01.02.2018 zu.
b) Der Rat beschließt die Entgeltordnung für den Rettungsdienst der Stadt Wilhelmshaven in der Fassung vom 01.02.18.

4.3 Gründung einer Außenstelle für die Oberschule Stadtmitte **29/2018**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Herr von den Berg betonte, dass die Gruppe GrünUnabhängigSozial die Beschlussvorlage begrüßt und unterstützt.

Auf Wunsch von **Herrn Hellwig** äußerte sich **Herr Feist** kurz zu der Beschlussvorlage. **Herr Feist** berichtete, dass der Beschlussvorschlag in enger Zusammenarbeit mit den Schulleitungen entstanden sei. Zwar hätten die Schulleitungen gern schnellstmöglich einen gemeinsamen Standort, jedoch ist mit der Außenstelle eine vernünftige Lösung für den Übergang gefunden worden. Mittlerweile sei die Oberschule Stadtmitte nicht mehr vierzügig, sondern durchgehend fünfzügig. Somit sind die räumlichen Kapazitäten nicht mehr ausreichend.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Gründung einer Außenstelle für die Jahrgänge 9 und 10 der Oberschule Stadtmitte zum Schuljahr 2018/19 in der Paul-Hug-Straße 43 (ehem. Fr.-v.-Stein-Schule).
Die Verwaltung wird beauftragt sämtliche rechtlichen, organisatorischen und räumlichen Maßnahmen bis zum 01.08.2018 umzusetzen.

4.4 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **24/2018**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen. Sie bedankte sich bei allen Spendern.

- Keine Wortbeiträge –

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der folgenden Zuwendung(en):

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg Parkstr. 8, Wilhelmshaven	18.500,00 €	Geldspende für die Beschaffung von Lektüren sowie für den allgemeinen Altenhilfe-Besuchsdienst
2. Förderverein Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden e.V. Alkostr. 6, 26388 Wilhelmshaven	4.365,00 €	Sachspende in Form einer Wärmebild-kamera für die Freiwillige Feuerwehr Fedderwarden sowie in Form von Sweatshirts für die Jugendfeuerwehr
3. KIWANIS-Club Wilhelms-haven-Friesland e.V., Präsident: Dietmar Weerda, Hohewerther Grashaus, 26389 Wilhelmshaven	2.222,22 €	Geldspende für die Kinder-feuerwehr Wilhelmshaven sowie für die Beschaffung von Schulbüchern und Schul-material für bedürftige Grundschulkinder

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG **7/2018**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen. Sie bedankte sich bei allen Spendern.

- Keine Wortbeiträge –

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Verwaltungsausschuss beschließt die Annahme der folgenden Zuwendungen:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Herrn Jürgen Breeden, Erlenweg 7, 26452 Sande	107,50 €	Geldspende für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven
2. Familie Deutscher, Ölhafendamm 38, 26384 Wilhelmshaven	700,00 €	Sachspende in Form eines ge-brauchten Altsaxophons für den Fachbereich Musik (Neues Gymnasium Wilhelmshaven)
3. Sparkasse Wilhelmshaven, Theaterplatz 1, 26382 Wilhelmshaven	1.500,00 €	Geldspende für den Bereich der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven

4. Engelapotheke Bremer Str. 72, 26382 Wilhelmshaven	250,00 €	Sponsoring für ein Team „F1 in Schools“ - Wettbewerb Formel 1 in der Schule, Kosten der Schüler-innen und Schüler für Teilnahme, Fahrtkosten etc. (IGS Wilhelmshaven)
5. Sykes Roffhausener Landstr.18 B,26419 Schortens	300,00 €	Sponsoring für ein Team „F1 in Schools“ - Wettbewerb Formel 1 in der Schule, Kosten der Schüler-innen und Schüler für Teilnahme, Fahrtkosten etc. (IGS Wilhelmshaven)
6. Arbeitgeber- u. Wirtschaftsverband Jade e.V. Virchowstr. 21, 26382 Wilhelmshaven	500,00 €	Sponsoring für ein Team „F1 in Schools“ - Wettbewerb Formel 1 in der Schule, Kosten der Schüler-innen und Schüler für Teilnahme, Fahrtkosten etc. (IGS Wilhelmshaven)

6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Becker fragte, warum bezüglich der nicht veranlagten Vergnügungssteuerbescheide kein Punkt auf der Tagesordnung stehe.

Herr Becker und **Herr Hellwig** kritisierten, dass zunächst der Rechnungsprüfungsausschuss informiert wurde und einige Ratsmitglieder das Thema erst aus der Zeitung erfahren haben. Beide betonten, dass der Rat so früh wie möglich hätte informiert werden müssen.
Herr Becker regte an, die Rechnungsprüfungsordnung nochmals zu überdenken.

Herr Oberbürgermeister Wagner zeigte sich schockiert darüber, dass Informationen, welche in einer nichtöffentlichen Sitzung bekanntgegeben wurden, an die Presse gelangt seien. Er wies auch auf die Fürsorgepflicht gegenüber dem betroffenen Mitarbeiter hin. Außerdem erinnerte er daran, dass der Rechnungsprüfungsausschuss auf Wunsch des Rates eingeführt wurde und der Rat laut Rechnungsprüfungsordnung über den Rechnungsprüfungsausschuss zu informieren sei. Damit sei der vorgeschriebene Weg eingehalten.

Die **Herren Tönjes, Dr. von Teichman** und **Becker** merkten an, dass sie die Presse nicht informiert haben und wiesen jeglichen Vorwurf in diese Richtung zurück.

Herr Dr. von Teichman stellte zwei Fragen zum Neubau des Klinikums.
Zunächst fragte er nach dem aktuellen Stand der im Fördermittelbescheid genannten Einschränkung bezüglich der pauschalen Förderungen für Investitionen aus dem Niedersächsischen Krankenhausgesetz.
Herr Keil sagte eine Beantwortung zum Protokoll zu.

Antwort zum Protokoll:
Der Förderbescheid sieht, wie bei allen anderen aus dem Sondervermögen geförderten Krankenhausträgern, eine Reduzierung der pauschalen Fördermittel für kleinere Investitionen (nicht für den laufenden Betrieb) vor. Gegenüber der

aktuellen Pauschalförderung von 1,8 Mio. € wird eine Förderung in den nächsten 5 Jahren von mindestens 1,1 Mio. € zugesagt. Dies entspricht einer möglichen Kürzung von zunächst jährlich 0,7 Mio. €, kann sich jedoch bei einer entsprechend besseren Auslastung des Klinikums von Jahr zu Jahr verändern. Insofern ist noch keine konkrete Aussage zu den Belastungen für das Klinikum möglich.

Außerdem hinterfragte **Herr Dr. von Teichman** die in der Genehmigung des Nachtragshaushaltes genannten Bedenken des Landes bezüglich der Finanzierung des Neubaus.

Herr Valnion erklärte zunächst den Finanzierungsplan, dieser spiegelt sich auch im 1. Nachtragshaushalt und Nachtragswirtschaftsplan des Klinikums, sowie im Grundsatzbeschluss des Rates wider. Demnach wird der Neubau mit 99 Mio. Euro vom Land gefördert und der Eigenanteil beträgt 53 Mio. Euro. Der Eigenanteil soll erst ab dem Jahr 2020 von der Stadt aufgenommen werden und in Form eines Gesellschafterdarlehens an das Klinikum weitergeleitet werden. Die Kommunalaufsicht äußerte den Wunsch, dass der Eigenanteil nicht über den städtischen Haushalt aufgenommen wird, sondern direkt vom Klinikum. Damit das Klinikum ein Darlehen in dieser Höhe aufnehmen kann, muss es Sicherheiten anbieten können. Dazu müsste das Grundstück des Krankenhauses auf das Klinikum übertragen werden. Eine Grundstücksübertragung werde zurzeit geprüft. Sobald dies erfolgt sei, wird dem Rat dies zur Entscheidung vorgelegt.

Herr von den Berg stellte eine Frage an Herrn Keil bezüglich des berufsgenossenschaftlichen Heilverfahrens. **Herr Keil** erklärte, dass das berufsgenossenschaftliche Heilverfahren nicht mehr im Klinikum durchgeführt werden kann. Dadurch würde jedoch kein finanzieller Schaden entstehen.

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

Herr Oberbürgermeister Wagner berichtete, dass seitens der AWV ein, mit den Spitzen der Fraktionen abgestimmter, Vorschlag bezüglich der Organisation der Wirtschaftsförderung erfolgt sei. Jedoch gäbe es bei diesem Vorschlag seitens der Verwaltung einige rechtliche Bedenken.

Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** erklärte **Herr Oberbürgermeister Wagner** nochmals, dass demnächst in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft detailliert darüber informiert wird.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:31 Uhr

Wagner Oberbürgermeister	Breuer Vorsitzende	Zahn Protokollführerin